



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- angenommen
 geändert angenommen
 abgelehnt
 verwiesen an: _____

 Kommunalwahl

 Antragsteller: geschäftsführender Landesvorstand

Du bestimmst, was bei dir vor Ort passiert

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Unser Ziel ist es, dass die Bürger vor Ort das gesellschaftliche Leben in ihrer Kommune wieder selbst bestimmen.

Kommunalpolitik bedeutet für uns, dass der Bürger vor Ort über die wichtigen Belange in seiner Kommune entscheiden kann und dadurch sein Alltagsleben in Verantwortung für sich und andere maßgeblich mitbestimmt. Hierzu bedarf es jedoch der notwendigen Freiheiten für die Kommunen, damit diese auch autonome Entscheidungen treffen können. Die Liberalen haben dafür in den letzten Jahren die notwendigen Grundlagen in Niedersachsen geschaffen. Die Bezirksregierungen wurden abgeschafft und Kompetenzen zurück auf die Kommunen übertragen. Das Konnexitätsprinzip schafft Sicherheit für die Kommunen und macht sie finanziell unabhängiger. Zukünftig wird es nicht mehr möglich sein, dass das Land den Kommunen Aufgaben erteilt, ohne für die Finanzierung Sorge zu tragen. Mit dem durch die FDP forcierten Modellkommunengesetz wird ein weiterer Weg bestritten, die Kommunen von unnötigen Zwängen zu befreien.

Wir Junge Liberale setzen uns dafür ein, dass das Leben in der Kommune wieder durch die Menschen bestimmt wird, die in ihr leben. Wir wollen den Bürgern die Freiheit geben, Verantwortung für sich und andere Menschen zu übernehmen.

Mehr Freiheit durch Mitbestimmung und Selbstbestimmung

Wir Junge Liberale fordern ein größtmögliches Maß an Freiheit für die Bürger der niedersächsischen Kommunen. Was in den Kommunen geschieht, soll von den Bürgern möglichst selbst gestaltet werden und nicht von Politik und Verwaltung.

Die Politik muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und darf nicht über die Maßen in die Freiheiten der Bürger eingreifen. Wenn eine Aufgabe durch Private gleich gut oder besser als durch die Kommune erfüllt werden kann, dann soll diese Aufgabe in private Verantwortung übergeben werden. In vielen Bereichen leisten die einzelnen Bürger, Familien, Vereine und Unternehmen mehr als der Staat, wenn wir sie nur lassen.

Wir fordern daher:

- eine stärkere Orientierung der Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger.
- eine schlanke Verwaltung, die den Bürgern eine Hilfe und keine Hürde ist.
- den fortschreitenden Abbau von Vorschriften und Verordnungen.
- einen Ausbau des E-Governments, damit Gänge zur Verwaltung eingespart werden können.
- mehr Transparenz durch einen Bürgerhaushalt, damit mehr Bürger den Haushalt der Kommune verstehen können.
- eine vermehrte Nutzung von Bürgerentscheiden und Bürgerbefragungen bei großen Projekten.

- 45 - eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in den politischen Prozess.
- 46 - den Abbau der kommunalen Schulden, um künftigen Generationen Handlungsfähigkeit zu erhalten.
- 47
- 48 - die Privatisierung und den Verkauf der kommunalen Unternehmungen sowie die
- 49 Vermeidung neuer Unternehmungen.
- 50 - eine Stärkung des Ehrenamts in einer gelebten Bürgergesellschaft statt einer
- 51 Ausweitung von Verwaltungshandeln auf Vereine.
- 52 - eine Überprüfung aller freiwilligen Leistungen der Kommunen.
- 53 - einen verstärkten Einsatz von Public-Private-Partnership.

54

55 **Mehr Freiheit für Arbeit und Wirtschaft**

56

57 Die großen Rahmenbedingungen in der Wirtschaftspolitik werden auf europäischer und nationaler Ebene getroffen. Dennoch können die Kommunen entschieden zum Wirtschaftswachstum sowie der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen. Oftmals sind es kommunale Bedingungen, die Investoren anlocken oder vergraulen. Wir Junge Liberale wollen ein gutes Wirtschaftsklima in den niedersächsischen Gemeinden, damit Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht nur, aber ganz besonders für die jungen Menschen geschaffen und erhalten werden.

64

65 Wir fordern daher:

- 66 - die Unterstützung von Unternehmen durch die Verwaltung.
- 67 - die Senkung von Abgaben und Gebühren für Gewerbetreibende.
- 68 - schnellere Genehmigungsverfahren.
- 69 - keine unnötige Behinderung von neuen Investoren und Gewerbeansiedlungen.
- 70 - die bedarfsgerechte Ausweisung neuer Gewerbeflächen.
- 71 - eine engere Kooperation über die Grenzen der Kommunen hinweg und die Schaffung größerer Wirtschaftsräume.
- 72
- 73 - eine bessere Vermarktung der Stärken niedersächsischer Kommunen gegenüber potentiellen Investoren.

75

76 **Mehr Freiheit für Bildung**

77

78 Die Bildung der Bürger ist zentral für ihre Beteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung, ihrem freiwilligen Engagement und ihrem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Die niedersächsischen Gemeinden müssen die Bürger auf ihrem Bildungsweg stärker unterstützen als bislang. Die bestehenden Bildungsangebote müssen ausgebaut und vernetzt werden. Zusätzlich müssen dem Bürger auch Hilfen geboten werden, um in der Fülle der Angebote das richtige für sich zu finden.

84

85 Wir fordern daher:

- 86 - die Schaffung einer zentralen Informationsstelle über die Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen.
- 87
- 88 - eine gute finanzielle und räumliche Ausgestaltung der Schulen vor Ort.
- 89 - Impulse für die Vernetzung von Schulen mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Kommune.
- 90
- 91 - das Engagement und die finanzielle Unterstützung durch Eltern, Ehemalige und der Wirtschaft in den Schulen.
- 92
- 93 - die Konzentration der Volkshochschulen auf den Bildungsauftrag.
- 94 - die engere Kooperation der Volkshochschulen mit Berufsbildenden Schulen und anderen Bildungsträgern in der Region zur Bildung von Qualifizierungsnetzwerken.

96

97 **Mehr Freiheit durch Mobilität**

98
99 Nur, wer sich frei bewegen kann, kann seine Freiheiten auch nutzen. Wir wollen den nieder-
100 sächsischen Bürgern ideologiefrei und im gleichberechtigten Mix der Verkehrsträger mehr
101 Mobilität ermöglichen, damit sie Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten, Erholungsgebiete,
102 Bildungsangebote usw. leichter erreichen können. Eine höhere Mobilität steigert die
103 Lebensqualität der Bürger. Eine bessere Erreichbarkeit einer Kommune erhöht das
104 Einzugsgebiet der Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Eine schlecht ausgebaute
105 Verkehrsinfrastruktur verhindert Mobilität und belastet die Bürger und die Umwelt durch
106 verstopfte Straßen und Städte.

- 107
108 Wir fordern daher:
- 109 - die größtmögliche Mobilität aller Verkehrsteilnehmer.
 - 110 - die Entlastung der Gemeinden durch Umgehungsstraßen.
 - 111 - die Förderung des Zielverkehrs in die Gemeinden bspw. durch den Ausbau von Stra-
112 ßen und die Optimierung von Ampelschaltungen.
 - 113 - die Erreichbarkeit von und ausreichende günstige Parkmöglichkeiten in den
114 Innenstädten.
 - 115 - eine stärkere Orientierung am Bedarf beim ÖPNV, so dass er dort vorgehalten wird,
116 wo er gebraucht wird.
 - 117 - eine verstärkte Abstimmung der ÖPNV-Angebote über die Grenzen von Kommunen
118 hinweg.
 - 119 - einen Ausbau der Radwege, um die Qualität des Fahrrads als sicheres Verkehrsmittel
120 aufzuwerten und Impulse für den Tourismus zu setzen.
 - 121 - die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei Baumaß-
122 nahmen.

123 **Mehr Freiheit für Familien**

124
125
126 Kinder sind die Zukunft unseres Landes und der einzelnen Kommunen. Die
127 niedersächsischen Kommunen sollen für Familien mit Kindern oder mit Kinderwunsch
128 attraktiver werden. Familie ist für uns dort, wo Kinder sind. Viel zu häufig stehen schlechte
129 Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kinderunfreundlichkeit der
130 städtischen Umgebung der Realisierung von Kinderwünschen im Wege.

- 131
132 Wir fordern daher:
- 133 - die Ausweisung familienfreundlicher Baugebiete und die Förderung familienfreundli-
134 cher Altbau- und Stadtteilsanierung.
 - 135 - die Sanierung und den Ausbau von Kinderspielplätzen und öffentlichen Treffpunkten
136 von Jugendlichen.
 - 137 - flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten.
 - 138 - eine möglichst geringe Gebühr für Kinderbetreuungseinrichtungen.
 - 139 - die Förderung individueller und privat organisierter Kinderbetreuung von Eltern und
140 in Betrieben.
 - 141 - die Sicherung der Wege vor allem zu den Grundschulen, aber auch zu den
142 weiterführenden Schulen.

143 **Mehr Freiheit für Kultur**

144
145
146 Gerade auf kommunaler Ebene findet sich eine Vielzahl und Vielfalt kultureller Einrichtun-
147 gen. Diese Einrichtungen werten das Wirtschaftsklima in den Kommunen auf und unterstüt-
148 zen das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Jungen Liberalen wollen eine Kulturszene,

149 die möglichst vielfältig ist und möglichst viele Menschen und Bevölkerungsgruppen
150 anspricht.

151

152 Wir fordern daher:

153 - eine stärkere Bemühung kultureller Einrichtungen um private Gelder.

154 - die Ausschöpfung von Einsparpotentialen und eine stärkere Orientierung an
155 ökonomischen Prinzipien.

156 - die Unterstützung privater Einrichtungen und Initiativen durch Anlauffinanzierung
157 und der Mithilfe bei der Erstellung von selbstfinanzierenden Konzepten und Anwer-
158 bung von privaten Geldern.

159 - mehr Kooperationen der Kommunen bei überregionalen kulturellen Institutionen.

160 - ein größeres Angebot für Jugendliche im Kulturbereich.

161 - Unterstützung von kulturellen und künstlerischen Initiativen Jugendlicher und
162 attraktiver Treffpunkte und Freizeitzentren für Jugendliche.